

Frühjahrssession 2018

Sessionsrückblick - 1. Woche



Vereidigungen

Zum Auftakt der Frühjahrssession sind zwei neue Mitglieder des Nationalrates vereidigt worden. Benjamin Roduit ersetzt Yannick Buttet, der über eine Belästigungsaffäre gestolpert war. Der 55-jährige Roduit wurde bei den Wahlen 2015 erster Ersatzmann hinter CVP-Politiker Buttet. Für den Waadtländer SP-Nationalrat Jean Christophe Schwaab rückt die 60-jährige Grossrätin und Ärztin Brigitte Crottaz nach. Schwaab begründet seine Demission damit, dass er sich stärker um seinen Sohn kümmern will, der an einer Entwicklungsstörung leidet.

Neue Regeln für Gentests

Versicherungen sollen keinen zusätzlichen Einblick in die Ergebnisse von Gentests erhalten. Das hat der Nationalrat beschlossen. Er verabschiedete am Montag neue Regeln für Gentests.

Die technische Entwicklung hat das geltende Recht längst überholt. Zwar gibt es Vorschriften für medizinische Untersuchungen, andere Gentests finden jedoch in einem rechtlichen Graubereich statt. Trotzdem werden immer mehr solche Tests angeboten, in der Regel im Internet. Oft handelt es sich um Lifestyle-Untersuchungen. Ermittelt werden zum Beispiel die Herkunft, eine passende Diät oder eine sportliche Veranlagung.

Angesichts solcher Angebote hat der Bundesrat eine Totalrevision des Gesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) vorgeschlagen. Der Nationalrat hat die Gesetzesänderung mit 175 zu 3 Stimmen bei 10 Enthaltungen gutgeheissen. Zu reden gab lediglich ein Punkt. Die Kommission wollte das Verbot streichen, dass Versicherungen die Ergebnisse bereits früher durchgeführter medizinischer Gentests einfordern dürfen. Der Bundesrat schlug dieses für Lebensversicherungen unter 400'000 Franken und private Invaliditätsversicherungen unter 40'000 Franken pro Jahr vor. Das entspricht dem geltenden Recht. Der Rat lehnte den Kommissionsantrag mit 117 zu 43 Stimmen ab.

Fernbusse

Der Nationalrat glaubt nicht, dass Fernbusse die Bahn ernstlich in Bedrängnis bringen können. Die Verkehrskommission wollte die Bahn vor Konkurrenz durch Angebote auf der Strasse schützen, fand am Dienstag dafür aber keine Mehrheit. Der Entscheid fiel bei der Beratung über die Organisation der Bahninfrastruktur. Die Vorlage soll die Rechte von Bahn- und Buspassagieren stärken. Bei grossen Verspätungen müssten die Transportunternehmen künftig eine Entschädigung zahlen. Eine unabhängige Trassenvergabestelle soll Diskriminierung verhindern.

Raser: Good News für Autofahrer

Die Absicht war löblich, das Ergebnis ist es nicht. Als das Parlament vor sechs, sieben Jahren über härtere Sanktionen gegen Raser diskutierte, ging das Augenmass verloren. Man war empört über skrupellose Autofahrer, häufig junge Männer mit Migrationshintergrund («Balkan-Raser»), welche mit ihren Fahrzeugen die Strassen unsicher machten und mit als zu mild empfundenen Strafen davonkamen. So führte man mit dem Verkehrssicherheitsprogramm Via sicura ein hartes Regime ein, das den richterlichen Beurteilungsspielraum ausschalten sollte, alle Schnellfahrer über einen Kamm schert und sie zu Verbrechern stempelt.



Das Parlament hat offensichtlich aus seinen Fehlern gelernt! Es will nun, dass Richterinnen und Richter bei Raserdelikten mehr Ermessensspielraum erhalten sollen. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen, die eine Lockerung der Via-Sicura-Gesetzgebung fordert. Der Bundesrat zeigte sich einverstanden. Konkret soll die Mindeststrafe von einem Jahr gestrichen und die Mindestdauer für den Führerausweisentzug reduziert werden. Als Raser gilt, wer in einer Tempo-30-Zone mit 70 Kilometern pro Stunde (km/h) fährt oder mit mehr als 200 km/h auf der Autobahn. Heute liegt die Mindeststrafe dafür bei einem Jahr Gefängnis. Zudem wird der Fahrausweis für mindestens zwei Jahre entzogen.

Autobahn: noch gleich noch mehr gute News für Autofahrer

Der Nationalrat will das Rechtsvorbeifahren auf Autobahnen erlauben. Er hat einer Motion des Aargauer FDP-Nationalrats Thierry Burkart mit 145 zu 37 Stimmen bei 9 Enthaltungen zugestimmt. Die Lockerung der Verkehrsregeln soll für flüssigeren Verkehr und mehr Platz auf der Strasse sorgen. Das Rechtsüberholen, bei dem im Gegensatz zum Rechtsvorbeifahren die Spur gewechselt wird, bleibt aber verboten. Der Bundesrat ist bereit, den Auftrag entgegenzunehmen. Die heutige Rechtslage ist laut Verkehrsministerin Doris Leuthard kompliziert. Mit dem Auftrag des Parlaments könne der Bundesrat Klarheit und Rechtssicherheit schaffen. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Bankgeheimnisinitiative

Das Parlament zieht einen Schlusstrich unter die Bankgeheimnis-Initiative. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Gegenvorschlag zum inzwischen zurückgezogenen Volksbegehren abgeschrieben. Das Volksbegehren war als Reaktion auf die Pläne des Bundesrates für ein schärferes Steuerstrafrecht lanciert worden mit dem Ziel, das Bankgeheimnis in der Schweiz in der Verfassung zu verankern. Der Rückzug der Initiative zeichnete sich ab, nachdem National- und Ständerat die Revision des Steuerstrafrechts im letzten Dezember per Motion blockiert hatten.

Zucker

Für Zucker aus der Schweiz soll künftig ein Mindestpreis garantiert werden. Vor dem Hintergrund eines Preiserfalls in der EU soll dies die Zuckerproduktion und den Anbau der Zuckerrüben im Inland rentabel halten. Der Nationalrat gab einer parlamentarischen Initiative von Jacques Bourgeois (FDP/FR) mit 94 zu 69 Stimmen und 17 Enthaltungen Folge. Die EU habe letzten Herbst die Produktionsmengen freigegeben, sagte der Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes zum Vorstoss. Auch Exportbeschränkungen habe die EU aufgehoben.

Bürokratie

Der Nationalrat will eine "Regulierungsbremse" einführen. Er verlangt, dass das Parlament neue Gesetze oder Gesetzesänderungen, die hohe Kosten verursachen, mit einer qualifizierten Mehrheit beschliessen muss. Es hat eine Motion der FDP mit dieser Forderung mit 110 zu 78 angenommen. Zugestimmt hat er auch einem Vorstoss, das ein Gesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen verlangt.



Gescheitert ist hingegen eine Motion von Martuollo-Blocher mit der Forderung, dass für jeden neu in Kraft tretenden Erlass Vorschriften mit doppelt so hohen Regulierungsfolgekosten ausser Kraft gesetzt werden müssen. Das ablehnende Verdikt des Nationalrates enttäuscht. Mittlerweile gibt es schliesslich über 5'000 Bundeserlasse mit mehr als 70'000 Seiten. Jede Woche kommen 140 Seiten dazu. Die unnötige Bürokratie schwächt die Wirtschaft! Der Schweizerische Gewerbeverband schätzt den gesamten Regulierungsaufwand in der Schweiz auf jährlich 60 Milliarden Franken. Dies entspricht einem Zehntel unserer gesamten Wirtschaftsleistung.

Terrorismus

Der Nationalrat will deutlich machen, dass er explizite Strafbestimmungen zur Bekämpfung des Terrorismus wünscht. Er hat eine parlamentarische Initiative der FDP-Fraktion deutlich angenommen, obwohl der Bundesrat bereits ein Gesetzesprojekt ausarbeitet. Stimmt der Ständerat ebenfalls zu, kann die Nationalratskommission einen Erlassentwurf vorbereiten. Das Ziel sei, den Druck aufrecht zu erhalten, hiess es im Rat. Im neuen Artikel im Strafgesetzbuch sollen auch Strafen für Terrorismus-Propaganda sowie für Vorbereitungshandlungen geregelt werden. In Bezug zu diesem Geschäft konnte ich die Kommissionsmehrheit vertreten. Mein Votum ist unter folgendem Link einsehbar: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=226144>.

Velo-Initiative

Die Förderung des Veloverkehrs ist im Parlament zwar weitgehend unbestritten. Die Velo-Initiative geht den beiden Räten aber zu weit. Wie der Ständerat bevorzugt auch der Nationalrat den Gegenvorschlag, der vorsieht vor, dass der Bund Massnahmen der Kantone und Dritter unterstützen kann. Eine Pflicht zur Förderung ist nicht vorgesehen. Die Initianten stellen den Rückzug der Initiative in Aussicht. Am Donnerstag stimmte die grosse Kammer dem Gegenvorschlag mit 120 zu 67 Stimmen zu und folgte damit der Empfehlung ihrer Verkehrskommission. Die Nein-Stimmen kamen aus dem SVP-Lager. Die Volksinitiative "Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege" von Pro Velo, dem Dachverband für die Interessen der Velofahrenden, will erreichen, dass mehr Velowege erstellt und betrieben werden. Dafür soll der Verfassungsartikel über Fuss- und Wanderwege um den Begriff Velowege erweitert werden. Die neue Verfassungsbestimmung würde den Bund verpflichten, Fuss-, Wanderweg und Velonetze zu fördern. Er müsste dafür auch Fördergelder zur Verfügung stellen.

Eine Förderungspflicht, wie sie die Initiative anstrebt, ging dem Nationalrat zu weit. Er lehnte die Velo-Initiative mit 121 zu 61 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Unterstützung erhielt das Volksbegehren nur von der Ratslinken und vereinzelt aus der Mitte.

Möglich ist, dass das Stimmvolk nach der Debatte im Nationalrat am Ende gar nie über die Initiative abstimmt. Evi Allemann vom Initiativkomitee stellte im Rat den Rückzug des Volksbegehrens in Aussicht, sofern der Gegenvorschlag unverändert durchs Parlament kommt. Das Geschäft muss nun noch die Schlussabstimmung überstehen.

Bern, im März 2018

David Zuberbühler